

# Realisierung eines Staatsauftrages durch die Wertpapierdruckerei

3. August 1968

Einzelinformation Nr. 832/68 über die Realisierung eines Staatsauftrages durch die Deutsche Wertpapierdruckerei Leipzig

## Quelle

BStU, MfS, ZAIG 1535, Bl. 1–2 (2. Expl.).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Neumann – MfS: Schröder/HA XVIII, Ablage.

## Datum

Zusätzlicher Datumseintrag vom 5.8.1968.

Am 4.6.1968 wurden aus der UdSSR an die Deutsche Wertpapierdruckerei in Leipzig 80 t Wertpapier zur Realisierung eines Staatsauftrages der DDR geliefert.

Diese Lieferung entsprach nicht den Bedingungen für einen ordnungsgemäßen Produktionsablauf, da das im Wertpapier enthaltene Wasserzeichen nicht wie vorgesehen in der Schmalwand, sondern in der Breitwand angebracht war. Durch diesen Umstand müssen die gelieferten Bogen geschnitten werden, um für den Druck überhaupt Verwendung zu finden.

Nach vorläufigen Schätzungen wird dadurch jedoch ein Papierabfall von ca. 17 t eintreten (Preis pro Tonne 11 000 Valutamark). Durch die notwendige Halbierung des Formats sowie die Herstellung neuer Druckplatten erhöhen sich sowohl Produktionskosten als auch Druckzeit, sodass insgesamt ein Schaden von ca. 400 000 bis 500 000 M entstehen wird.

Die Ursache dafür ist eine falsche Bestellung des Wertpapiers in der UdSSR. Verantwortlich dafür waren für technische Fragen der Bestellung der Genosse [Name 1], von der Deutschen Wertpapierdruckerei Leipzig, der als Beauftragter des Werkes den Auftrag auch unterschrieb, sowie der Genosse [Name 2] vom Ministerium der Finanzen, der die finanziellen Fragen zu lösen hatte.

Die Werkleitung der Deutschen Wertpapierdruckerei beabsichtigt zwar, einen Teil des Verlustes durch schnelleren Lauf der Stichmaschinen aufzuholen, es erhöht sich damit allerdings die Gefahr des Schmierens der Druckfarbe und somit des Steigens der Ausschussquote.

Die Leitung des MdF wurde in der Vergangenheit durch das MfS bereits mehrmals darauf hingewiesen, dass die Leitung der Deutschen Wertpapierdruckerei die Anforderungen im Rahmen des Staatsauftrages nicht ordnungsgemäß bewältigt, wodurch vermeidbare finanzielle Verluste auftraten.

Es wurden jedoch bisher durch das MdF keine wesentlichen Maßnahmen zur Veränderung dieses Zustandes eingeleitet.